



DRINGLICHES POSTULAT

Urheber Marie-Claude Schöpfer-Pfaffen, CSPO und Sarah Constantin, PS/GC
Gegenstand Energiepreis-Hausse - wie kann der Kanton den KMU und finanzschwachen Familien helfen?
Datum 12/09/2022
Nummer 2022.09.323

Aktualität des Ereignisses

Nach der herausfordernden Zeit der Pandemie haben die Energiekrise und ihre wirtschaftlichen Folgewirkungen - steigende Preise und dramatisch anschwellende Treibstoff-, Gas- und Stromkosten - den finanziellen Druck auf den Mittelstand, die kleinen und mittleren Einkommen und unsere KMU weiter massiv anwachsen lassen. Die steigenden Zinsen bringen das Umfeld zusätzlich in Bedrängnis.

Unvorhersehbarkeit

Die hohen Strompreissteigerungen waren für Familien und die allermeisten KMU im Sinne der Umsetzung einer längerfristigen «Haushaltspolitik» nicht voraussehbar. Die kriegsbedingten Strukturumwälzungen des Energiemarktes und die resultierenden Preisanstiege traten plötzlich und europaweit flächendeckend auf.

Notwendigkeit einer umgehenden Reaktion oder Massnahme

In den nahenden Wintermonaten wird sich die momentane Energiekrise aller Voraussicht nach zuspitzen. Die bisher vom Bundesrat bekanntgegebenen Massnahmen wären im Fall einer tatsächlich eintretenden Mangellage unzureichend. Vor diesem Hintergrund müssen auf kantonaler Ebene verstärkt begleitende Vorkehrungen in die Wege geleitet werden, denn zahlreiche KMU und finanzschwache Familien sind durch die massive Teuerung existenziell gefährdet.

Die Energiekrise und ihre wirtschaftlichen Folgewirkungen - steigende Preise und dramatisch anschwellende Treibstoff-, Gas- und Stromkosten - haben den finanziellen Druck auf den Mittelstand, die kleinen und mittleren Einkommen und viele KMU massiv und auf unvorhersehbare Art und Weise anwachsen lassen. Die steigenden Zinsen bringen das Umfeld weiter in Bedrängnis. Kaufkraft und Realeinkommen sinken.

Der dramatische Anstieg der Strompreise (ab 2023 bis zu 102 % im Oberwallis) waren für Familien und viele KMU im Sinne der Umsetzung einer längerfristigen «Haushaltspolitik» nicht voraussehbar. Die kriegsbedingten Strukturumwälzungen des Energiemarktes und die resultierenden Preisanstiege traten plötzlich und europaweit flächendeckend auf.

In den Wintermonaten 2022/23 wird sich die momentane Energiekrise aller Voraussicht nach zuspitzen. Die bisher vom Bundesrat bekanntgegebenen Massnahmen wären im Fall einer tatsächlich Mangellage unzureichend. Vor diesem Hintergrund sollten ergänzende Vorkehrungen auf kantonaler Ebene getroffen werden.

Andernfalls drohen KMU und den finanzschwachen Familien im Wallis existenzgefährdende Szenarien. Um Kündigungen, Konkursen von Unternehmen und Privaten und Steuerausfällen vorzubeugen, sind

Sofortmassnahmen angezeigt.

Schlussfolgerung

Wir fordern den Staatsrat auf, zu prüfen:

1. Ob subsidiär kantonale Härtefallmassnahmen zu Gunsten von KMU, die in ihrer Existenz bedroht sind, in die Wege geleitet werden können?
2. Ob Familien mit geringen Einkommen z.B. mit einem Heizkostenzuschuss unterstützt werden können?
3. Ob ergänzend zu den Vorkehrungen des Bundes Verhandlungen mit den kantonalen Energieanbietern in die Wege geleitet werden können, um kurzfristige Lösungen für eine gemässigte Regulierung der Strompreise oder andere Massnahmen wie Stundungen, in die Wege geleitet werden könnten?